

# Der bunte Hecht

BUNTE LISTE Allensbach – [www.bunteliste-allensbach.de](http://www.bunteliste-allensbach.de) – Nr. 54 / Mai 2013

Stuttgart 21 ist entschieden ...

## ... was wird aus der Gäubahn?



Im September 2012 folgten etliche CDU-Politiker dem Aufruf von Landtagspräsident Guido Wolf zu einem „Gäubahntag“. Ein Tross aus einem Bundestags-, mehreren Landtagsabgeordneten und diversen Anrainerbürgermeistern erlebte, was zum Alltag der Gäubahn gehört: ihr Zug hatte Verspätung und so mancher Anschlusszug wäre nicht mehr erreichbar gewesen. Mit ihrer Aktion wollten die Politiker Druck auf die Deutsche Bahn ausüben und den ständigen Angebotsverschlechterungen entgegenreten.

Die Bahn hat jetzt das endgültige Aus für schnelle Neigetechnikzüge, die wegen technischer Probleme einst abgezogen wurden, beschlossen. Da die Strecke Tuttingen–Horb nur eingleisig ist, erfordert das ein häufiges Warten in Bahnhöfen auf den Gegenzug. Anstelle eines zweigleisigen Ausbaus stellt die Bahn nun drei Doppelspurabschnitte für den Begegnungsverkehr in Aussicht. An einem Teilstück wird derzeit gebaut. Kosten des Gesamtprojekts: 134 Mill. Euro. Bewilligt sind bisher aber nur 14,2 Mill. Euro. Der Gäubahn-Ausbau ist im Investitionsrahmenprogramm des Bundes nicht aufgeführt. Das heißt, die Verwirklichung steht weiterhin in den Sternen.

Des Weiteren verspricht die Bahn verbessertes Wagenmaterial für 500 Mill. Euro und Verbindungen nach Stuttgart im Einstundentakt ab 2017. Bei Stuttgart 21 laufen die Kosten aus dem Ruder, woher soll dann das Geld für den Regionalverkehr kommen?

Aber auch im Nahverkehr hapert es. Anfang des Jahres gab es vermehrt Schrankenpannen an fünf Bahnübergängen bei Allensbach und Markelfingen, die in einer sogenannten Bahnübergangskette zusammenhängen. Das führte zu erheblichen Verspätungen, denn der Zugführer muss fünfmal aussteigen, um die Anlagen von Hand zu betätigen. Zuständig für die Funktionssicherheit der Gleisanlagen ist die DB. Bis 2017 will sie das Übel grundlegend saniert haben. Doch bis dahin ...

Ebenso werden die Bahnkunden auf die Erhöhung der Bahnsteige entlang der Seehasstrecke warten müssen. Keine Erleichterung für Rollstuhlfahrer, Mütter mit Kinderwägen, ältere Menschen, Fahrradtouristen.

Die DB beklagt eine schwindende Nachfrage im Regionalverkehr. Nur wenn die Bahn ihr Angebot attraktiv gestaltet, wird es gut angenommen. Die Menschen in der Region wünschen genau dieses.

*Sibylle Thaler*

## Ein Kunstrasenplatz für den Fußball

Die Förderung des Breiten-sports und der Jugendarbeit im SVA ist erfreulich.



Doch braucht Allensbach wirklich einen vierten Fußballplatz mit Flutlichtanlage und dies dann noch als Kunstrasenplatz? Immerhin geht es hier um eine Investition von 800.000 Euro. Auch dann, wenn Sportfördermittel zu erhalten sind und vom SVA eine Mitfinanzierung erfolgt, wird ein erheblicher Teil des Betrages aus dem Gemeindehaushalt und damit aus Steuermitteln zu finanzieren sein. Man sollte annehmen, dass die Verwaltung bei solch hohen Ausgaben eine genaue und nachvollziehbare Bedarfsprüfung vorlegt. Obwohl die Planungen bereits seit den Haushaltsberatungen 2012 laufen und die Bunte Liste nach belastbaren Zahlen gefragt hat, ist dies bislang nicht erfolgt.

Ein Projektbeschluss existiert derzeit entgegen der Darstellung in der Presse nicht. Die Tatsache, dass die größte Fraktion im Gemeinderat das Projekt unterstützt, legt die Vermutung nahe, dass die Entscheidung schon lange gefallen ist. Die Möglichkeit, einen der **vorhandenen** Plätze zu einem Kunstrasenplatz umzubauen um damit den Spielbetrieb witterungsunabhängig möglich zu machen ohne einen vierten Platz bauen zu müssen, wurde nicht untersucht. Dabei wäre das naheliegend, müssen die Plätze aufgrund von Rasenproblemen sowieso saniert werden. Genauso wenig wird über die Möglichkeit diskutiert, für das Training den 2010/2011 angelegten Bolzplatz im Sportzentrum zu nutzen.

Die Förderung des Sports ist wichtig, aber sieht so ein verantwortlicher Umgang mit Steuermitteln aus?

Weitere Informationen zum Thema 4. Fußballfeld/ Kunstrasenplatz finden Sie unter [www.bunteliste-allensbach.de](http://www.bunteliste-allensbach.de)

*Doris Hellmuth*  
Gemeinderätin der Bunten Liste

## Parität in kommunalen Gremien

Bei den Kommunalwahlen 2009 betrug der Anteil von gewählten Frauen 22,2 %! Wenn man die Wahlvorschläge anschaut, verwundert dies nicht.

Bei unserem westlichen Nachbarn Frankreich wurde aufgrund einer Initiative von politisch aktiven Frauen bereits 1996 eine Quotierung der Wahllisten vorgeschlagen, die seit 2000 Gesetz ist. Maßgabe ist, dass auf der Liste abwechselnd eine Frau und ein Mann aufgestellt werden muss.

Diese gesetzliche Vorschrift führte dazu, dass mittlerweile der Anteil der Mandatsträgerinnen in Frankreich in den Regionalparlamenten auf 48,5 % gestiegen ist, obwohl es sich auch in Frankreich um eine Persönlichkeitswahl handelt. Die Wähler hätten also auch die Möglichkeit gehabt, sich für die bisherige Geschlechterverteilung zu entscheiden.

Als erfreulicher Nebeneffekt ist die Wahlbeteiligung angestiegen!

Dies zeigt klar, dass es nicht an interessierten und befähigten Frauen für die Arbeit in den Kommunalparlamenten fehlt, sondern die Strukturen in den klassischen Parteien und Wählervereinigungen Frauen nicht gerade zur Mitarbeit einladen. Leider ist wegen der Verweigerungshaltung der SPD die Einführung einer entsprechenden gesetzlichen Regelung in Baden-Württemberg gescheitert. In das Kommunalwahlrecht wurde eine Sollregelung eingefügt.

Bereits nächstes Jahr werden wir erleben, ob damit eine Änderung in der Aufstellung der Wahlvorschläge erreicht wird.

*Doris Hellmuth*  
Gemeinderätin der Bunten Liste

„Erst wenn das letzte Windrad gestoppt, die letzte Solarfirma pleite, keiner mehr in Erneuerbare investiert, werdet Ihr feststellen, dass mit Altmaier der Strompreis trotzdem steigt.“  
*Greenpeace*

# Schiefergas statt Energiewende?



Wie ein Drogensüchtiger stürzt sich die Menschheit auf jede Möglichkeit, ihren immens wachsenden Energiehunger zu stillen. Statt Entziehungskur, sprich Maßnahmen zur Energieeinsparung, ist beim Ober-Junkie USA seit einigen Jahren

„Fracking“ angesagt, die Ausbeutung von Gasvorkommen aus „unkonventionellen Lagerstätten“.

Im Gegensatz zu konventionellen Lagerstätten, wo die Gasförderung durch einfaches Anbohren einer Gasblase im Untergrund erfolgt, ist das Gas hier in kompakten Gesteinsschichten, hauptsächlich Schiefer gebunden. Durch Einpressen großer Mengen Wassers unter Zugabe von Sand und gefährlichen Chemikalien in das Bohrloch werden Risse in dem gashaltigen Gestein erzeugt und so das Schiefergas freigesetzt.

Obwohl die Gefahren dieses Verfahrens für Mensch, Wasser und Klima ungenügend untersucht sind, wird es in den USA seit einigen Jahren in großem Stil praktiziert. Der dadurch sinkende

Gaspreis ist zwar vorteilhaft für die amerikanische Wirtschaft, aber die eh schon schwach ausgebildeten Klimaschutzbestrebungen werden noch weiter geschwächt.

Nachdem sie den „Drogenmarkt“ in Amerika nun gut unter Kontrolle haben, suchen die „Dealer“ (ExxonMobil und andere Gasbohrfirmen) jetzt auch in Europa nach potenziellen Kunden. Vor allem in Frankreich und Polen werden große Mengen Schiefergases vermutet. Frankreich hat der Versuchung widerstanden und Fracking gesetzlich verboten. Polens Politiker dagegen arbeiten z.Z. an Gesetzesänderungen zur Erleichterung von Fracking und sehen sich in der EU als Vorreiter für die Schiefergas-Förderung. Obwohl die Schiefergasvorkommen in Deutschland eher als gering zu bewerten sind, werden auch hier Erkundungsbohrungen durchgeführt oder geplant.

Sehr begünstigt wird die Suche und Förderung von Schiefergas durch das antiquierte deutsche Bergrecht. Dieses hat absoluten Vorrang vor anderen Rechten wie Naturschutz und Eigentum. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist bei Fracking

nicht vorgesehen.

Die Genehmigungen für die Erkundung von Schiefergasvorkommen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit von den Landesbergämtern im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums an die Gasbohrfirmen vergeben. Auch in unserer Region sind die „Claims“ schon abgesteckt.

Aber der Widerstand der Bevölkerung wächst. Der Gemeinderat von Allensbach hat sich kürzlich in einer Resolution gegen Fracking ausgesprochen. Und der bundesweite Widerstand zeigt bereits Wirkung: das Gesetzesvorhaben für eine halbherzige Änderung des Bergrechts, auf das sich die Minister Rössler und Altmaier geeinigt hatten und das man nur als Beruhigungsspiel für das Volk werten kann, wurde nun aus wahltaktischen Gründen gestoppt.

Peter Baumbusch



Wenn die Politik versagt:

## Frauen werden aktiv

Seit 2009 schickt der Deutsche Juristinnenbund (djb) Vertreterinnen auf die Hauptversammlungen von 76 börsennotierten Unternehmen.

Die Juristinnen stellen auf den Versammlungen Fragen nach den Bemühungen der jeweiligen Unternehmen, Führungs- und Aufsichtsratspositionen mit Frauen zu besetzen. Erfragt werden außerdem Daten zum Anteil von Frauen an den Beschäftigten und in den einzelnen Führungsebenen, und mit den Zahlen der Vorjahre verglichen.

Der djb fordert seit langem eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent.

Auch Doris Hellmuth, Gemeinderätin der Bunten Liste, war auf einer solchen Hauptversammlung. „Zum ersten Mal konnte ich erleben, was es heißt unter Pfiffen das Rednerpult zu besteigen“ berichtet sie.

Mehr Informationen über das Projekt unter [www.djb.de/Projekt\\_HV/](http://www.djb.de/Projekt_HV/)

Christiane Werner

Impressum: Der Bunte Hecht wird herausgegeben von der BUNTEN LISTE Allensbach. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung aller Mitglieder der BUNTEN LISTE wiedergeben. V.i.S.d.P.: Christiane Werner. Der BUNTE HECHT wird kostenlos an die Haushalte der Gemeinde verteilt. Spenden sind willkommen und absetzbar! Kto.-Nr. 7 102 130, Bez. Sparkasse Reichenau. [www.bunteliste-allensbach.de](http://www.bunteliste-allensbach.de)

## Bequem - brutal - billig?

Bauern verwenden es, Hobbygärtner verwenden es, jeder Baumarkt bietet es an: Das Herbizid Roundup.

Das Gift mit dem Wirkstoff Glyphosat wurde 1974 vom US-Konzern Monsanto entwickelt. Als die Gentechniker des Konzerns kurz darauf im Labor Sojapflanzen konstruierten, die gegen Roundup immun waren, sollte das die Landwirtschaft revolutionieren: Nun konnte man großflächig das Gift versprühen, das als Totalherbizid alle Pflanzen vernichtet, nicht aber die gentechnisch resistent gemachten Kulturen.

Inzwischen ist der Begeisterung einige Ernüchterung gefolgt: Gibt es doch zunehmend mehr sogenannte „Super-Unkräuter“, die gegen Roundup Resistenzen entwickelt haben. Die Herbizide müssen daher mehrfach und in größeren Mengen eingesetzt werden, um noch wirksam zu sein. Entgegen den Versprechungen sind so die Spritzmittel-Kosten für die Landwirte immens gestiegen.

Roundup ist aber auch in Deutschland auf dem Vormarsch! Der Einsatz des Giftes hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen - und wird noch mehr steigen, sollte in der EU gentechnisch verändertes Saatgut zugelassen werden.

Auch Landwirte der Region verwenden Roundup: Zum Einen wird das Feld vor der Neuaussaat - statt mit dem Pflug - mit dem Gift „blankgeputzt“. Zum Anderen wird etwa eine(!) Woche vor der Ernte gespritzt. Dadurch stirbt das Getreide ab und trocknet so gleichmäßig.

Übrigens: Im Biolandbau sind Totalherbizide verboten.

### Glyphosat in unserer Nahrungskette

Glyphosat steht im Verdacht das Erbgut von Mensch und Tier zu schädigen. Für Verbraucherschützer ist es alarmierend, dass das Gift immer häufiger in Lebensmitteln nachzuweisen ist. Einmal gelangt es über importierte Soja-Futtermittel in Fleisch, Milch und Eier. Aber auch in Hülsenfrüchten und Getreideprodukten konnten Rückstände nachgewiesen werden. So hat ÖKOTEST im Herbst 2012 in Deutschland 20 Getreideprodukte – Mehl, Haferflocken, Brötchen - auf Glyphosat getestet. Erschreckend: in 14 Produkten wurde das Gift nachgewiesen. Das heißt, es erweist sich als stabil gegenüber Lagerung und hohen Backtemperaturen!

### Und was passiert in der EU?

2002 hatte Glyphosat in der EU eine Zulassung für 10 Jahre erhalten. Die Zulassung erfolgte auf Grund der Daten der Industrie. Für 2012 stand eine Neubewertung an. Die wurde jetzt erst einmal auf 2015 verschoben um den Agro-Konzernen mehr Zeit für neue Gutachten zu geben.

Die Frage stellt sich: Wie lange wollen wir uns solchen Wahnsinn noch leisten?



Christiane Werner